

Inhaltsverzeichnis

22.09.2011 Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses

Sitzungsdokumente

Einladung HFWA

Niederschrift HFWA 05.05.2011 ö

Vorlagendokumente / Antragsdokumente

Top Ö 4

Anregung nach § 24 GO vom 23.04.2011 betr.
Behinderten-Toilette in der Rheinhalle Hersel

Vorlage: 209/2011-
6

Vorlage

Vorlage: 209/2011-6

Vorlage: 209/2011-
6

Top Ö 5

Anregung

Sachstand der Abwicklung von Maßnahmen nach
dem Konjunkturpaket II

Vorlage: 415/2011-
1

Vorlage

Vorlage: 415/2011-1

Vorlage: 415/2011-
1

1 Liste Bildung

Vorlage: 415/2011-1

Vorlage: 415/2011-
1

2 Liste Sonstige Infrastruktur

Vorlage: 415/2011-1

Vorlage: 415/2011-
1

3 Liste Bildung (externe Träger)

Top Ö 6

Maßnahmenliste zur Haushaltskonsolidierung -
Umsetzungscontrolling zum 30.06.2011

Vorlage: 324/2011-
2

Vorlage

Vorlage: 324/2011-2

Vorlage: 324/2011-
2

1 Konsolidierungsliste 30.06.2011 - investiv -

	Vorlage: 324/2011-2	Vorlage: 324/2011-2
Top Ö 7	2 Konsolidierungsliste 30.06.2011 - konsumtiv - Änderung der Haushaltssatzung der Stadt Bornheim für das Haushaltsjahr 2011 Vorlage Vorlage: 363/2011-2	Vorlage: 363/2011-2 Vorlage: 363/2011-2
	1 Dringlichkeitsliste (Prioritätenliste) 2011 Vorlage: 363/2011-2	Vorlage: 363/2011-2
Top Ö 8	2 Kreditgenehmigung 2011 Benennung der Planstraße im Bebauungsplangebietgebiet Wb 08 in Walberberg Vorlage Vorlage: 354/2011-7	Vorlage: 354/2011-7 Vorlage: 354/2011-7
Top Ö 9	Lageplan Benennung des Wirtschaftsweges im Bereich der Biogasanlage in Sechtem Vorlage Vorlage: 352/2011-7	Vorlage: 352/2011-7 Vorlage: 352/2011-7
Top Ö 10	Plan Mitteilung betr. interkommunale Zusammenarbeit beim Personalmanagement Vorlage ohne Beschluss	Vorlage: 339/2011-1
Top Ö 11	Mitteilung betr. Öffnungszeiten des Rathauses an Brückentagen sowie zwischen Weihnachten und Neujahr Vorlage ohne Beschluss	Vorlage: 232/2011-1

Einladung



Sitzung Nr.	44/2011
HFWA Nr.	5/2011

An die Mitglieder
des **Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses**
der Stadt Bornheim

Bornheim, den 07.09.2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur nächsten Sitzung des **Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses** der Stadt Bornheim lade ich Sie herzlich ein.

Die Sitzung findet am **Donnerstag, 22.09.2011, 18:00 Uhr, in der Aula der Europaschule Bornheim, Goethestraße 1, 53332 Bornheim**, statt

.Die Tagesordnung habe ich wie folgt festgesetzt:

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	Öffentliche Sitzung	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Einwohnerfragestunde	
3	Entgegennahme der Niederschrift über die Sitzung Nr. 25/2011 vom 05.05.2011	
4	Anregung nach § 24 GO vom 23.04.2011 betr. Behinderten-Toilette in der Rheinhalle Hersel (s. BürgA 19.05.2011)	209/2011-6
5	Sachstand der Abwicklung von Maßnahmen nach dem Konjunkturpaket II	415/2011-1
6	Maßnahmenliste zur Haushaltskonsolidierung - Umsetzungscontrolling zum 30.06.2011	324/2011-2
7	Änderung der Haushaltssatzung der Stadt Bornheim für das Haushaltsjahr 2011	363/2011-2
8	Benennung der Planstraße im Bebauungsplangebietgebiet Wb 08 in Walberberg	354/2011-7
9	Benennung des Wirtschaftsweges im Bereich der Biogasanlage in Sechtem	352/2011-7
10	Mitteilung betr. interkommunale Zusammenarbeit beim Personalmanagement	339/2011-1
11	Mitteilung betr. Öffnungszeiten des Rathauses an Brückentagen sowie zwischen Weihnachten und Neujahr	232/2011-1
12	Mitteilungen mündlich	
13	Anfragen mündlich	

	Nicht öffentliche Sitzung	
14	Fortführung des Auswahlverfahrens zur Neuvergabe der Strom- und Gaskonzession in der Stadt Bornheim sowie Neuregelung der Betriebsführung Wasser/Abwasser	326/2011-2
15	Beauftragung einer fachlichen und rechtlichen Beratung im Rahmen der Fortführung des Auswahlverfahrens zur Neuvergabe der Strom- und Gaskonzession in der Stadt Bornheim	412/2011-2
16	Erwerb von Softwarelizenzen und -wartung	416/2011-1
17	Mitteilungen mündlich	
18	Anfragen mündlich	

Mit freundlichen Grüßen



(Wolfgang Henseler)
Bürgermeister

Niederschrift



Sitzung des **Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses** der Stadt Bornheim am Donnerstag, **05.05.2011**, 18:00 Uhr, im Schulungsraum des Feuerwehrgerätehauses Bornheim, Königstraße 31

X	Öffentliche Sitzung
	Nicht-öffentliche Sitzung

Sitzung Nr.	25/2011
HFWA Nr.	4/2011

Anwesende

Bürgermeister

Henseler, Wolfgang SPD

Mitglieder

Deussen-Dopstadt, Gabriele Bündnis90/Grüne
Donix, Michael CDU-Fraktion
Hanft, Wilfried SPD-Fraktion
Kleinekathöfer, Ute SPD-Fraktion
Knott, Thorsten FDP-Fraktion
Kuhn, Arnd Jürgen Dr. Bündnis90/Grüne ab TOP 4 tw.
Nipps, Ursula CDU-Fraktion
Paschmanns, Dieter SPD-Fraktion
Schmitz, Heinz Joachim Bündnis90/Grüne
Söllheim, Michael CDU-Fraktion
Stüsser, Peter CDU-Fraktion
Wingenbach, Matthias CDU-Fraktion
Wirtz, Hans-Dieter CDU-Fraktion
Züge, Rainer SPD-Fraktion

stv. Mitglieder

Freynick, Jörn FDP-Fraktion bis TOP 7 tw.
Heller, Petra CDU-Fraktion
Hönig, Heinrich CDU-Fraktion ab TOP 2 tw.
Müller, Heinz UWG/Forum-Fraktion ab TOP 2
Stadler, Harald SPD-Fraktion ab TOP 6 tw.

Verwaltungsvertreter

Brühl, Gerhard
Hennings, Albrecht
Schier, Manfred Erster Beigeordneter
Schnapka, Markus Beigeordneter

Schriftführerin

Altaner, Petra

Nicht anwesend (entschuldigt)

Bandel, Helga CDU-Fraktion
Feldenkirchen, Hans Gerd UWG/Forum-Fraktion
Koch, Christian FDP-Fraktion
Krüger, Frank W. SPD-Fraktion
Kuhl, Sebastian CDU-Fraktion
Schausten, Manfred SPD-Fraktion

Tagesordnung

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Einwohnerfragestunde	
3	Entgegennahme der Niederschrift über die Sitzung Nr. 19/2011 vom 31.03.2011	
4	Sachstand der Abwicklung von Maßnahmen nach dem Konjunkturpaket II	124/2011-1
5	Kreisentwicklungskonzept 2020; Gemeinsame Beschlussvorlage der Städte und Gemeinden im Rhein-Sieg-Kreis	190/2011-7
6	Antrag der CDU-Fraktion vom 13.04.2011 betr. Initiative zur Förderung Bornheimer Unternehmer	192/2011-1
7	Mitteilungen mündlich	
8	Anfrage der CDU-Fraktion vom 13.04.2011 betr. Ausgliederung des HallenFreizeitBades / Bäderbetriebs aus dem Haushalt der Stadt Bornheim	193/2011-2
9	Anfragen mündlich	

Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)

Bürgermeister Wolfgang Henseler eröffnet die Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschlussfähig ist.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt auf Vorschlag des Bürgermeisters,

1. die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt 14 „Vergabe von Sanitärarbeiten im Rahmen der energetischen Sanierung des Rathauses Bornheim“, Vorlage-Nr. 198/2011, zu erweitern,
2. den neuen Tagesordnungspunkt 14 nach Tagesordnungspunkt 9 zu behandeln,
3. den Tagesordnungspunkte 10 (Vorlage 188/2011) von der Tagesordnung abzusetzen und
4. auf Antrag der CDU-Fraktion den Tagesordnungspunkte 8 heute von der Tagesordnung abzusetzen und erneut auf die Tagesordnung zu nehmen, wenn der Bericht der Finanzverwaltung vorliegt.

Stimmenverhältnis:

- Einstimmig -

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in folgender Reihenfolge behandelt:

TOP 1 – 7, 9.

	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	

VA Altaner ist bereits zur Schriftführerin bestellt.

2	Einwohnerfragestunde	
----------	-----------------------------	--

Die gestellten Einwohnerfragen und die Antworten sind als Anlage der Niederschrift beige-fügt.

Anlagen siehe Seiten 6 und 7

3	Entgegennahme der Niederschrift über die Sitzung Nr. 19/2011 vom 31.03.2011	
----------	--	--

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss erhebt gegen den Inhalt der Niederschrift über die Sitzung Nr. 19/2011 vom 31.03.2011 keine Einwände mit der Maßgabe, dass bei der Anwesenheitsliste „bis TOP 11 tw.“ durch „bis TOP 13 tw.“ ersetzt wird.

- Einstimmig -

4	Sachstand der Abwicklung von Maßnahmen nach dem Konjunkturpaket II	124/2011-1
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zum Sachstand der Abwicklung von Maßnahmen und den aktualisierten Budgets nach dem Konjunkturpaket II zur Kenntnis.

- Einstimmig -

5	Kreisentwicklungskonzept 2020; Gemeinsame Beschlussvorlage der Städte und Gemeinden im Rhein-Sieg-Kreis	190/2011-7
----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt, die im „Kreisentwicklungskonzept 2020 – Vitalität und Vielfalt“ von November 2009 formulierten Leitbilder und Ziele zur Kenntnis zu nehmen und die Verwaltung zu beauftragen, diese beim künftigen Handeln zu beachten.

- Einstimmig -

6	Antrag der CDU-Fraktion vom 13.04.2011 betr. Initiative zur Förderung Bornheimer Unternehmer	192/2011-1
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss beauftragt den Bürgermeister

1. ein Verfahren, unter Berücksichtigung aller Vorschriften der VOP bzw. der VOL oder VOF, zu entwickeln und umzusetzen, nach dem bei beschränkten oder freihändigen Vergaben Bornheimer Unternehmen zur Angebotsabgabe aufgefördert werden,
2. im Rahmen der Wirtschaftsförderung alle Möglichkeiten zu suchen, den Kontakt zu Bornheimer Unternehmen zu intensivieren, um das Leistungsspektrum der Unternehmen besser kennen zu lernen und Unternehmen zu motivieren an Vergabeverfahren der Stadt teilzunehmen, und

3. zukünftig bei Vergabevorlagen eine Liste der Bornheimer Unternehmen anzufügen, die zur Angebotsabgabe aufgefordert wurden. Diese Regelung betrifft ebenfalls die nachrichtlichen Mitteilungen über Vergaben zwischen 25.000 und 50.000 Euro.

- Einstimmig -

7	Mitteilungen mündlich	
----------	------------------------------	--

von Herrn Schier betr.

1. Genehmigung des FNP durch die Bezirksregierung; Beitrittsbeschluss zum FNP wird vorbereitet

Kenntnis genommen

Zusatzfragen

von AM Hönig

Warum wird das jetzt erst gemacht und warum wurde das nicht beim Vorbringen des FNP gemacht?

Antwort:

Bei Vorbringen des FNP lagen die Verkaufsflächen noch nicht dimensioniert waren und weil im Vorfeld der Planung eine landesplanerische Anfrage an die Bezirksregierung gerichtet hatten und sie ausdrücklich der Sondergebietsplanung in Merten zugestimmt hat.

von AM Wirtz

Kommt der Beitrittsbeschluss dem 1. Änderungsverfahren des FNP-Verfahrens gleich?

Antwort:

Wenn wir dem Bescheid nicht zustimmen, hat die Stadt die Klagemöglichkeit, aber wenn wir dem nicht zustimmen, haben wir auch keinen genehmigten FNP.

von AM Dr. Kuhn

1. Kann die Stadt bei der Bezirksregierung noch einmal nachfragen, da diese ja eigentlich schon „Ja“ gesagt haben?.
2. Wie will man einen FNP vernünftig aufstellen, wenn die Verkaufszahlen für solche Flächen noch nicht vorliegen? Denn diese Zahlen hat man erst, wenn man ins Detail geht.

Antworten:

Die Stadt wird zum Ausdruck bringen, dass sie sehr verwundert ist und auch den neuen Leiter darauf aufmerksam machen, dass seine Behörde bereits vor 1 Jahr ausdrücklich der Sondergebietsausweisung im FNP zugestimmt hat.

2. Aktuelle Aktivitäten der Feuerwehr; die Arbeitsprojektgruppen werden die aus dem Workshop erarbeiteten Aufgabenstellungen abarbeiten

Kenntnis genommen

von Herrn Schnapka

Einladung zum Tag der Inklusion in die Europaschule am 10. Mai 2011 um 14 Uhr

Kenntnis genommen

Zusatzfrage von AM Heller

Benötigt die Stadt keine Anmeldungen dazu?

Antwort:

Nein, dieses Verfahren wurde offen gestaltet.

8	Anfrage der CDU-Fraktion vom 13.04.2011 betr. Ausgliederung des HallenFreizeitBades / Bäderbetriebs aus dem Haushalt der Stadt Bornheim	193/2011-2
----------	--	-------------------

- abgesetzt -

9	Anfragen mündlich	
----------	--------------------------	--

von AM Söllheim betr. Jahresabschluss 2007

Ist es nicht notwendig, dass der Rechnungsprüfungsausschuss den Jahresabschluss erst in den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss verweist?

Antwort:

Es geht um die Prüfung, da sind der Rechnungsprüfungsausschuss und der Rat die zuständigen Gremien.

von AM Wirtz

Wo findet das Junggesellenfest Bornheim in Zukunft statt?

Antwort:

Eine Möglichkeit wäre auf dem Parkplatz Wallrafstraße unter Einbeziehung und Sperrung der Wallrafstraße und des Parkplatzes Goethestraße. Dies wird geklärt.

von AM Hanft betr. Verkauf Kloster in Bornheim

Ist der Verwaltung bekannt, welche künftige neue Nutzung seitens des neuen Eigentümers angestrebt wird?

Antwort:

Nein. Das Gespräch mit dem neuen Eigentümer wird gesucht.

von AM Donix betr. Sperrung der Umgehungsstraße

Vom Verteilerkreis Bornheim kommend biegen Sattelzüge in den Uedorfer Weg ein. Wenn diese an das Schild „Sperrung für LKW ab 7,5 t“ kommen, ist es zu spät für diese zu wenden und sie fahren bis Uedorf durch die Straße.

Kann die Beschilderung so verändert werden, dass die Fahrzeughalter schon früher darauf hingewiesen werden, dass der Uedoerfer Weg für LKW über 7,5 t gesperrt ist?

Antwort:

Dies wird dem Landesbetrieb mitgeteilt.

von AM Schmitz betr. Verkauf Kloster in Bornheim

Gibt es Vorschriften was der neue Eigentümer machen darf und was nicht?

Antwort:

Es gibt klare Randbedingungen für die Entwicklung. Es sind insbesondere der Denkmalschutz, die Grundstückssituation, die Stellplatzfrage und die baulichen Voraussetzungen zu berücksichtigen.

Ende der Sitzung: 18.50 Uhr

gez. Wolfgang Henseler
Bürgermeister

gez. Petra Altaner
Schriftführung

Detlef Brenner
Kartäuserstr. 43
53332 Bornheim

28.04.2011

Herrn Vorsitzenden des
des Haushalts-, Finanz- und
Wirtschaftsausschusses der Stadt Bornheim
Bürgermeister Wolfgang Henseler
Rathausstraße 2

53332 Bornheim



Einwohnerfragestunde zu Beginn der nächsten Ausschusssitzung am 05.05.2011
Vorlage der Jahresabschlüsse für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 der Stadt Bornheim

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

gemäß § 20 GeschO bitte ich um Beantwortung folgender Frage:

Bis wann kann der Bürgermeister voraussichtlich die Jahresabschlüsse für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 der Stadt Bornheim vorlegen?

Ich wünsche auch eine schriftliche Beantwortung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'Detlef Brenner'.

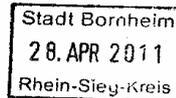
Antwort:

Der Bürgermeister wird –wie bereits in der Ratssitzung am 24.02.2011 berichtet - die Jahresabschlüsse 2008 und 2009 voraussichtlich bis zum Ende des Jahres 2011 vorlegen.

Detlef Brenner
Kartäuserstr. 43
53332 Bornheim

28.04.2011

Herrn Vorsitzenden des
des Haushalts-, Finanz- und
Wirtschaftsausschusses der Stadt Bornheim
Bürgermeister Wolfgang Henseler
Rathausstraße 2
53332 Bornheim



Einwohnerfragestunde zu Beginn der nächsten Ausschusssitzung am 05.05.2011
Höhe der Liquiditätskredite im Jahre 2010 und des Höchstbetrages der Inanspruchnahme
zur Liquiditätssicherung der Stadt Bornheim

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

gemäß § 20 GeschO bitte ich um Beantwortung folgender Frage:

Wie hoch ist die Summe der im Haushalt für das Jahr 2010 insgesamt vorgesehenen Liquiditätskredite und wie hoch ist der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung der Stadt Bornheim augenblicklich in Anspruch genommen werden dürfen?

Ich wünsche auch eine schriftliche Beantwortung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in cursive script, appearing to read "Detlef Brenner".

Antwort:

Die vom Rat beschlossene Haushaltssatzung 2010 weist für Kredite, die zur Liquiditätssicherung aufgenommen werden dürfen, einen Höchstbetrag von 40.000.000 € aus. Für das Haushaltsjahr 2011 hat der Rat diesen Betrag auf 45.000.000 € festgesetzt.

Die Aufnahme von Liquiditätskrediten wird nicht im Haushalt veranschlagt, so dass der Haushalt 2010 im eigentlichen Sinne keine Liquiditätskredite "vorsieht".

Ausschuss für Bürgerangelegenheiten	19.05.2011
Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss	28.06.2011

öffentlich

Vorlage Nr.	209/2011-6
Stand	28.04.2011

Betreff Anregung nach § 24 GO vom 23.04.2011 betr. Behinderten Toilette in der Rheinhalle Hersel

Beschlussentwurf Ausschuss für Bürgerangelegenheiten:

Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss, die Ausführungen zur Kenntnis zu nehmen.

Beschlussentwurf Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Sachverhalt:

Dem Antragsteller ist der Sachverhalt bezüglich einer Toilettenanlage für Behinderte bereits mehrfach ausführlich dargelegt worden.

Zwischenzeitlich hat der Bürgermeister einen Betrag von 9.500 € als Spende für die Errichtung einer behindertengerechten Toilette vereinnahmt. Der Bürgermeister wird die Maßnahme nicht selber durchführen. Statt dessen wird er diesen Betrag, nach Zustimmung durch den Spender, dem Förderverein als Zuschuss für die Errichtung der Toilette zur Verfügung stellen. Der Verein wird hierbei verpflichtet, diese Gelder dem Spenderwillen entsprechend nur für diesen Zweck zu verwenden und dies der Stadt gegenüber nachzuweisen.

Dieses Vorgehen wurde vorab mit dem Antragsteller abgestimmt.

Anlagen zum Sachverhalt

Bürgeranregung

53332 Bornheim, 23.04.2011

Tel.: [REDACTED]

E-Mail: [REDACTED]

[REDACTED]
Bürgermeister Henseler
Rathaus
53332 Bornheim

Stadt Bornheim
27. APR. 2011
Rhein-Sieg-Kreis

Behinderten-Toilettenanlage in der Rheinhalle Hersel

Mein Schreiben vom 12.04.2011

Gespräch mit Herrm Brühl vom 09.04.2011

Sehr geehrter Herr Henseler,

ich teile Ihnen hiermit mit, dass ich heute den Betrag von 10.000 EUR für den Bau der Behindertentoiletten-Anlage in der Rheinhalle Hersel auf das Konto der Stadt Bornheim Bornheim überwiesen habe (Nr. 046200036-BLZ 38650000- KSK Köln).

Ich bin ausgesprochen glücklich darüber und kann es kaum fassen, dass es in der heutigen Zeit noch Menschen gibt, die aus tiefstem Herzen den Behinderten beistehen möchten, ohne selbst für Ihre Großherzigkeit persönlich erwähnt werden zu wollen. Opferbereitschaft in Nächste-nliebe mit Freude!

Da Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, in keiner Weise auf meine Initiative eingegangen sind, bitte ich dieses Schreiben als Bürgerantrag im Sinne von § 24 Gemeindeordnung anzusehen.

Mein Antrag lautet:

Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss, den Bürgermeister zu beauftragen, den Bau der sanitären Anlagen für Behinderte in der Rheinhalle Hersel umgehend in Auftrag zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED] [REDACTED]

Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss	22.09.2011
<u>öffentlich</u>	Vorlage Nr. 415/2011-1
	Stand 02.09.2011

Betreff Sachstand der Abwicklung von Maßnahmen nach dem Konjunkturpaket II

Beschlussentwurf:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zum Sachstand der Abwicklung von Maßnahmen und den aktualisierten Budgets nach dem Konjunkturpaket II zustimmend zur Kenntnis.

Sachverhalt:

Der Rat hat die Durchführung der Maßnahmen zum Investitionsförderungsgesetz / Konjunkturpaket II (KP II) entsprechend der geänderten Maßnahmenlisten einschließlich der Budgets in der dort vorgesehenen Rangfolge beschlossen.

Die interne Prüfung sowie die Plausibilitätsprüfung aller Maßnahmen durch die Bezirksregierung sind positiv abgeschlossen.

Derzeit befinden sich folgende Maßnahmen in der Umsetzung bzw. sind beendet:

1. Investitionen mit Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur

1.1 Grundschule Roisdorf, Turnhalle, energetische Sanierung (Budget laut aktualisierter Kostenschätzung: 368.750€)

Die Maßnahme wurde zum Schulbeginn am 07.09.2011 abgeschlossen. Die Halle kann wieder benutzt werden. In den Herbstferien wird noch eine neue Eingangstür eingebaut.

1.2 Grundschule Sechtem, energetische Sanierung (Budget laut aktualisierter Kostenschätzung: 62.500€)

Die Arbeiten zur Erneuerung der Heizungsanlage wurden durchgeführt.

1.3 Grundschule Roisdorf, Erneuerung der Heizung (Budget laut aktualisierter Kostenschätzung: 52.000€)

Die Arbeiten zur Erneuerung der Heizungsanlage wurden durchgeführt.

1.4 Grundschule Walberberg, energetische Sanierung (Budget laut aktualisierter Kostenschätzung: 120.000€)

Die Außenputzarbeiten sind fertig gestellt. Die letzten Sanierungsarbeiten werden voraussichtlich im Oktober ausgeführt.

1.5 Grundschule Rösberg, energetische Sanierung (Budget laut aktualisierter Kostenschätzung: 205.000€)

Die Maßnahme ist abgeschlossen und muss noch formal beendet werden.

1.6 Neubau Kindergarten Kardorf (Budget laut aktualisierter Kostenschätzung: 824.369€)

Die ersten Räumlichkeiten des Anbaus sind fertig gestellt. Der Kindergarten wird ab nächste Woche umziehen. Der rechte Teil des Altgebäudes wird bis Ende Oktober abgerissen.

1.7 Grundschule Bornheim, Turnhalle, Gesamtanierung (Budget laut aktualisierter Kostenschätzung: 458.750€)

Die Maßnahme ist fertig gestellt. Die Halle geht ab 08.09.2011 wieder in Betrieb. In den Sanitärräumen sind noch Arbeiten durch die Grundleitungssanierung notwendig. Dieser Bereich bleibt bis zu den Herbstferien gesperrt.

1.8 Kindergarten Römerstraße, energetische Sanierung (Budget laut aktualisierter Kostenschätzung: 201.750€)

Die Arbeiten sind weitestgehend fertig gestellt. Aufgrund des Anbaus U3 müssen jedoch einige Arbeiten aufeinander abgestimmt werden. Die Fertigstellung wird im Oktober 2011 erfolgen.

1.9 Verbundschule Uedorf, Erneuerung des Flachdaches (Budget laut aktualisierter Kostenschätzung: 56.000€)

Die Maßnahme ist abgeschlossen und muss noch formal beendet werden.

1.10 Jugendgemeinschaftsräume/Kindergarten Albertus-Magnus-Straße, Gesamtanierung (Budget laut aktualisierter Kostenschätzung: 145.000€)

Die Maßnahme ist abgeschlossen und muss noch formal beendet werden.

2. Investitionen mit Schwerpunkt Sonstige Infrastruktur

2.1 Rheinhalle Hersel, Dachsanierung (Budget laut aktualisierter Kostenschätzung: 209.735€)

Die Maßnahme ist beendet.

2.2 Wirtschaftswegenetz insgesamt (Budget laut aktualisierter Kostenschätzung: 248.000€):

Die Maßnahme ist abgeschlossen, zur Zeit wird die Schlussrechnung erstellt, um die Maßnahme formal beenden zu können.

2.3 Drehleiter der Feuerwehr (Budget laut aktualisierter Kostenschätzung: 542.600€):

Die Maßnahme ist beendet.

2.4 Vereinsheim SC Widdig, energetische Sanierung (Budget laut aktualisierter Kostenschätzung: 21.762€):

Die Maßnahme ist beendet.

2.5 Rathaus, energetische Sanierung (Budget laut aktualisierter Kostenschätzung: 856.132€):

Die Arbeiten am Ratstrakt sind fertig gestellt. Der Ratssaal wird temporär als Großraumbüro genutzt. Zur Zeit werden die Fassadenelemente im Treppenhaus erneuert. Am 14.09.2011 beginnt der Umbau des Kassenbereiches. Alle Arbeiten liegen im Rahmen des Bauzeitplanes.

Entsprechend der vom Rat beschlossenen Maßnahmenliste stehen im Investitionsschwerpunkt Bildung 585.040 € für die externen Träger zur Verfügung. Diese Mittel wurden für die Maßnahmen der Ursulinenschule Hersel „energetische Sanierung“ und Jugendakademie Walberberg „Einbau einer Hackschnitzelanlage“ durch Bescheid bewilligt. Beide Maßnahmen befinden sich zur Zeit in der Umsetzung.

Die beigefügten Listen enthalten eine Schätzung der voraussichtlichen Kosten. Diese weichen von den Kostenschätzungen zum Aufstellungszeitpunkt der Maßnahmenliste im Einzelfall ab.

Anlagen zum Sachverhalt

- 1 Liste Bildung
- 2 Liste Sonstige Infrastruktur
- 3 Liste Bildung (externe Träger)

Bildungsmaßnahmen- aktualisierter Budgetstand der umsetzbaren Projekte				
Rang	Aus- schuss	Objekt	Bezeichnung der Maßnahme	Kosten / Kostenschätzung Stand September 2011
1	2	3	4	
1	SchulsA	GS Roisdorf TH	Energetische Sanierung der TH Fassade, Wärmedämmverbundsystem, Neuanstrich der TH und aller Nebenräume (Außen)	368.750,00
2	SchulsA	GS Sechtem	Sanierung der Warmwasser u. Heizungsunterverteilung in der Turnhalle, Planung und Ausführung, neuer Wärmeerzeuger in der Schule, Erneuerung Lüftung in den Umkleiden	62.500,00
3	SchulsA	GS Roisdorf	Erneuerung der Heizungsanlage, Planung und Ausführung	52.000,00
4	SchulsA	GS Walberberg	Energetische Sanierung des Altgebäudes	120.000,00
5	SchulsA	GS Rösberg	Energetische Sanierung des Altgebäudes	205.000,00
6	JHA	Kiga Schulstraße	Sanierung des Altgebäudes	824.369,00
7	SchulsA	GS Bornheim TH	Gesamtsanierung einschl. energetischer Sanierung	458.750,00
8	JHA	Kiga Römerstraße	Energetische Sanierung	201.750,00
9	SchulsA	VS Uedorf	Flachdächerneuerung Umkleidetrakt TH	56.000,00
10	JHA	JGR/Kindergarten Albertus-Magnus-Straße	Gesamtsanierung einschl. energetischer Sanierung	145.000,00
			Summe:	2.494.119
		Zur Verfügung stehende Mittel		2.494.119

Infrastrukturmaßnahmen- aktualisierter Budgetstand der umsetzbaren Projekte

Rang	Aus-schuss	Objekt	Bezeichnung der Maßnahme	Kosten / Kostenschätzung Stand Juli 2011
1	HFGA	Rheinhalle	Dachsanierung des Hauptgebäudes	209.735,00
2	VPLA	Wirtschaftswegenetz gesamt	Ländliche Infrastruktur, Wegebau, Neubau- u. Sanierungsmaßnahmen mit nachhaltiger Erhöhung des Gebrauchswertes	248.000,00
3	HFGA	Drehleiter DLA K 23/12	Beschaffung einer Drehleiter für Feuerwehr Bornheim	542.600,00
4	SKA	Vereinsheim SC Widdig	Sanierung Heizung, Sockelbereich, Dachfläche, Fliesen	21.762,00
5	HFGA	Rathaus	Energetische Sanierung	856.132,00
Zur Verfügung stehende Mittel: 1.878.229€			Summe:	1.878.229

Bildungsmaßnahmen- externe Träger				
Rang	Aus- schuss	Objekt	Bezeichnung der Maßnahme	Kosten / Kostenschätzung Stand Februar 2011
1	SchulsA	Ursulinenschule Hersel	Energetische Sanierung	431.000
2	JHA	Jugendakademie Walberberg	Einbau einer Hackschnitzelheizung	154.040
				585.040
			Summe:	585.040
Zur Verfügung stehende Mittel: 585.040€				

Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss	22.09.2011
--	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	324/2011-2
-------------	------------

Stand	27.07.2011
-------	------------

Betreff Maßnahmenliste zur Haushaltskonsolidierung - Umsetzungscontrolling zum 30.06.2011**Beschlussentwurf:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zum Umsetzungsstand der Maßnahmenliste zur Haushaltskonsolidierung zur Kenntnis.

Sachverhalt:

Der Rat der Stadt Bornheim hat im Juli 2010 mit der Verabschiedung des Haushalts 2010 die Umsetzung einer Maßnahmenliste zur Haushaltskonsolidierung beschlossen.

Von den rd. 100 Maßnahmen dieser Maßnahmenliste waren zum Jahresbeginn 2011 insgesamt 39 Maßnahmen realisiert.

Von den insgesamt 62 zum 01.01.2011 noch offenen bzw. in Arbeit befindlichen Maßnahmen konnten bis zur Mitte des Jahres 2011 weitere 22 umgesetzt werden.

Im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2011 erfolgte eine Fortschreibung der Maßnahmenliste um weitere 14 Maßnahmen, von denen zwischenzeitlich 7 umgesetzt werden konnten.

Zum 30.06.2011 sind damit 68 Maßnahmen als „erledigt“ und 47 Maßnahmen als „offen“ bzw. „in Arbeit“ zu werten. Der Erledigungsgrad bezogen auf die Anzahl der Maßnahmen beträgt 60 %.

Im Detail wird auf die beigefügten Übersichten verwiesen. Soweit möglich wurde beim Status der „offenen“ bzw. „in Arbeit“ befindlichen Maßnahmen der voraussichtliche Zeitpunkt der Umsetzung angegeben.

Das nächste Umsetzungscontrolling erfolgt zum 30.09.2011 sowie zum 31.12.2011. Dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss wird Anfang 2012 zum Umsetzungsstand 31.12.2011 und zu den haushalterischen Auswirkungen im Haushaltsjahr 2011 berichtet.

Finanzielle Auswirkungen

keine

Anlagen zum Sachverhalt

Maßnahmenliste zur Haushaltskonsolidierung mit Stand 30.06.2011 – konsumtiv –

Maßnahmenliste zur Haushaltskonsolidierung mit Stand 30.06.2011 – investiv –

Konsolidierungsliste - investiv						
					Umsetzbarkeit (ja)	
					Erläuterung zu Vorschlag	
Lfd. Nr.	Konsolidierungsvorschlag	Produktgruppe	FB (federführend)		aktueller Sachstand	Status
1			4	9		
100	Anhebung der KAG Beiträge auf bis zu 80%	1.12.02	7		ungesetzt	erledigt
1	Dorferneuerung Brenig	1.12.02	9		ungesetzt	erledigt
2	Bröichgasse Merlen	1.12.02	9		ungesetzt	erledigt
3	Erwerb von Bahnflächen	1.12.02	7		ungesetzt	erledigt
4	Walraffstraße Parkplatz	1.12.02	9		ungesetzt	erledigt

Konsolidierungsliste -konsumtiv-				Umsetzbarkeit (ja)		Umsetzungsstand Statusberichte	
Lfd. Nr.	Konsolidierungsvorschlag	Produktgruppe	FB (federführend)	Erläuterung zu Vorschlag	aktueller Sachstand	Status	
1	2	3	5	10	21	22	
2	Reduzierung von Sitzungsterminen	1.01.01	1		Maßnahme wurde mit dem Sitzungskalender 2011 umgesetzt.	erledigt	
4	Optimierung des Einsatzes von Dienstfahrzeugen	1.01.06	1	Dienstwagenbestand um ein Dienstfahrzeug reduzieren; Benutzung privateigener PKW.	Prüfung erfolgt derzeit.	in Arbeit	
5	Reduzierung Telefonkosten	1.01.06	1		umgesetzt	erledigt	
6	Reduzierung der Kosten für Porto und Postzustellservice – bereits umgesetzt –	1.01.06	1		umgesetzt	erledigt	
7	Abwicklung der Beschaffung für alle städt. Einrichtungen über Zentrale Beschaffungsstelle	1.01.06	1	Prüfung, inwieweit mit einer konsequenten zentralen Beschaffung für alle städtischen Einrichtungen ggf. gemeinsam mit Nachbarkommunen Kosteneinsparungen erzielt werden können.	Die Umsetzung erfolgt sukzessive und soll bis Ende 2012 abgeschlossen sein.	in Arbeit (II. Halbjahr 2012)	
8	Konsolidierung Papier-Output-Kosten durch All-inklusiv-Mietvertrag für Kopierer und Drucker (Seitenpreis beinhaltet Kosten für Miete, Wartung Service und Verbrauchsmaterial)	1.01.06	1		umgesetzt	erledigt	
9	Reduzierung des Papierverbrauchs in der Verwaltung	1.01.06	1		Vorgaben des FB 1 hinsichtlich der Nutzung von technischen Möglichkeiten zur Kostenreduzierung sowie Hinweise zum Nutzerverhalten wurden kommuniziert.	erledigt	
10	Reduzierung des Papierverbrauchs im Bereich „Ratspost“ und Amtsblatt	1.01.06	1		Die Maßnahme wurde mit der Einführung von "Session" und der Konzeption "Schaufenster" umgesetzt.	erledigt	

Konsolidierungsliste - konsumtiv-				Umsetzbarkeit (ja)		Umsetzungsstand Statusberichte	
Lfd. Nr.	Konsolidierungsvorschlag	Produktgruppe	FB (federführend)	Erläuterung zu Vorschlag	aktueller Sachstand	Status	
	Stand: 30.06.2011						
1	2	3	5	10	21	22	
11	Reduzierung des Papierverbrauchs im Bereich Haushaltsplan	1.01.06	1		Durch die verstärkte Nutzung elektronischer Medien konnte die Auflagenhöhe reduziert werden.	erledigt	
12	optimierter Technikeinsatz bei Ratsunterlagen	1.01.06 1.01.12	1		Der Umstieg auf "Session" erfolgte zum 01.01.2011.	erledigt	
13	Privatisierung Gebäudemanagement	1.01.09 1.01.15	1	Unterliegt der pauschalen Annahme, dass Privatisierung Kostenersparnis bedeutet. Dies wäre fundiert zu belegen. In der Praxis haben sich solche Annahmen vielfach als Flop erwiesen. Insgesamt ist bei den Kommunen daher sogar eine Tendenz zur Rekommunalisi	Prüfung wurde wegen fehlender Personalressourcen zunächst zurückgestellt.	offen	
14	Zusammenfassung Bürgerbüro / Standesamt (Streichung Stelle GBL Standesamt)	1.01.09	1		umgesetzt	erledigt	
15	Personalreduzierung unter Beibehaltung der Öffnungszeiten	1.01.09	1		Prüfung erfolgt laufend	erledigt	
17	Wegfall dienstfrei am Rosenmontag (= Hebung Stellenpotenzial)	1.01.09	1		umgesetzt	erledigt	

Konsolidierungsliste - konsumtiv-				Umsetzbarkeit (ja)		Umsetzungsstand Statusberichte	
Lfd. Nr.	Konsolidierungsvorschlag	Produktgruppe	FB (federführend)	Erläuterung zu Vorschlag	aktueller Sachstand	Status	
1	2	3	5	10	21	22	
19	Vorgabe für Personalkostenreduzierung bzw. pauschale Personalreduzierung mit Aufgabenabbau: Einsparung von 5% des Stundenvolumens in allen Fachbereichen innerhalb eines Jahres als Einsitzig in die nachhaltige Diskussion von Leistungsstandards	1.01.09	1		Dauerhafte Umsetzung durch Wiederbesetzungssperren und Aufgabenkritik.	erledigt	
22	Reduzierung Gleichstellung von 50 % auf 25 % Stellenanteil und Nutzung der freigesetzten Personalressourcen	1.01.09	1			erledigt (Beschluss des Rates, nicht zu reduzieren)	
24/25	externe Abwicklung der Beihilfebearbeitung	1.01.09	1	Übertragung der Bearbeitung der Beihilfe an die Rheinischen Versorgungskassen; die dadurch freigesetzten Personalkapazitäten werden durch konkrete Einsparung einer anderen Stelle im FB 1 eingespart. Die Personalkostensparnis je Jahr beträgt 63.000 €. D	Verhandlungen aufgenommen.	in Arbeit (II. Quartal 2012)	
25	Wiedereinführung von Prämien für Verbesserungsvorschläge	1.01.11	1	Vergütung anteilig der nachhaltig eingesparten Mittel. Ist mit Kommunalaufsicht abzustimmen, da Prämienzahlung eine freiwillige Leistung darstellt.	Der Entwurf einer Dienstvereinbarung befindet sich im Abstimmungsverfahren mit dem Personalrat.	in Arbeit	
26	Einführung elektronischer Zahlungsverkehr	1.01.12	1	EC-Cash-Terminal in Bürgerbüro und/oder Kasse	Die technischen Voraussetzungen für die Einführung von EC-Cash wurden geprüft. Die Beschaffung und Installation wird voraussichtlich im September 2011 erfolgen.	in Arbeit	
27	Keine Einführung elektronischer Bauaktenarchivierung	1.01.12	1			erledigt	
28	Optimierung der Nutzung von (PC-) Arbeitsplätzen, Teil 1	1.01.12	1		Prüfung erfolgt laufend	erledigt	

Konsolidierungsliste - konsumtiv-				Umsetzbarkeit (ja)		Umsetzungsstand Statusberichte	
Lfd. Nr.	Konsolidierungsvorschlag	Produktgruppe	FB (federführend)	Erläuterung zu Vorschlag	aktueller Sachstand	Status	
1	2	3	5	10	21	22	
29	Optimierung der Nutzung von (PC-) Arbeitsplätzen, Teil 2	1.01.12	1		Wird konsequent umgesetzt bei künftigen Arbeitszeitregelungen mit Teilzeitbeschäftigten.	erledigt	
30	Reduzierung EDV-Ausstattung in der Stadtbücherei	1.01.12	1		Eine Reduzierung in diesem Bereich ist aufgrund der Einführung von OPAC und dem damit einhergehenden Online-Zugriff nicht möglich. Diese Entwicklung war zum Zeitpunkt der Maßnahmenbeschreibung nicht erkennbar.	erledigt	
31	Einsparung Energiekosten im EDV-Bereich	1.01.12	1		Der Austausch der Geräte konnte zwischenzeitlich abgeschlossen werden. Hierbei wurde darauf geachtet, dass energiesparende Komponenten erworben wurden.	erledigt	
32	Verlängerung Rechnereinsatzzeiten	1.01.12	1		umgesetzt	erledigt	
33	Einnahmeverbesserung und Kostenreduzierung bei Tolltätentreff	1.04.01	1		Im Rahmen der Umsetzung des Tolltätentreffs 2011 konnten bereits Aufwandsminderungen durch die Einbeziehung von Vereinen vorgenommen werden.	erledigt	
35	Schließung von Sportplätzen bzw. Übernahme durch Vereine	1.08.01	1		Vertrag wurde beschlossen. Übergabe des Sportplatzes Brenig erfolgte im April 2011. Weitere Gespräche mit anderen Vereinen werden geführt.	in Arbeit	
36	Reduzierung des Ansatzes für Aufwendungen an Sportlerheimen	1.08.01	1		Für die Jahre 2011 ff. sind 20.000 € eingeplant.	erledigt	

Konsolidierungsliste - konsumtiv-				Umsetzungsstand Statusberichte		
Stand: 30.06.2011				Umsetzbarkeit (ja)		
Lfd. Nr.	Konsolidierungsvorschlag	Produktgruppe	FB (federführend)	Erläuterung zu Vorschlag	aktueller Sachstand	Status
1	2	3	5	10	21	22
37	Streichung des Ansatzes 2010 für die Sanierung des Rundweges (zwischen Laufbahn und Tribüne) im Stadion Bornheim	1.08.01	1		umgesetzt	erledigt
38	Streichung des Ansatzes für die Erneuerung der Zaunanlage auf dem Sportplatz Brenig	1.08.01	1		umgesetzt	erledigt
39	Keine Errichtung eines Brunnens am Sportplatz Sechtem	1.08.01	1		umgesetzt	erledigt
40	Reduzierung des Ansatzes für Ersatzbepflanzungen auf Sportplätzen	1.08.01	1		umgesetzt	erledigt
41	Reorganisation der Hausmeisterdienste - Gebäudewirtschaftliche Optimierung	1.01.09	1		Dienstabweisung Hausmeister ermöglicht auch Einsatz in anderen Liegenschaften.	erledigt
42	Übertragung der Verantwortung für Teile des Sachkostenbudgets auf Schulen, BJT, KITA bei gleichzeitiger Reduzierung des Volumens	1.03.01 1.03.02 1.03.03 1.03.04 1.03.05 1.06.01 1.06.02	2	Übertragung der Budgetverantwortung auf Fachkräfte in den städt. Einrichtungen incl. Schulen (keine städt. Bedienstete) unter Reduzierung des Personalaufwandes im Verwaltungsbereich Fb 4. In der Probephase wird eine 10 %ige Einsparung des zur Verfügung st	Ein Richtlinienentwurf ist verwaltungsseitig für den Bereich der Schulen abgestimmt und kann nach Absprache mit den Schulen zum nächstmöglichen Zeitpunkt in Kraft treten. Entsprechende Regelungen für den Bereich der Kindertagesstätten stehen noch aus.	in Arbeit (voraussichtlich 2011)
45	Erhöhung Verzinsung des in den Werken gebundenen Eigenkapitals durch Änderung des Zinssatzes, bis zu 30.678 Euro möglich. Damit ist auch eine Erhöhung der abzuführenden Steuern verbunden. Der genaue Umfang ist noch festzulegen.	1.11.03	2		umgesetzt	erledigt

Konsolidierungsliste - konsumtiv-				Umsetzungsstand Statusberichte		
Stand: 30.06.2011		Umsetzbarkeit (ja)				
Lfd. Nr.	Konsolidierungsvorschlag	Produktgruppe	FB (federführend)	Erläuterung zu Vorschlag	aktueller Sachstand	Status
1	2	3	5	10	21	22
46	Erhöhung Verzinsung des in den Werken gebundenen Eigenkapitals durch Änderung des Zinssatzes, bis zu 85.101 Euro möglich. Der genau Umfang ist noch festzulegen.	1.11.04	2		umgesetzt	erledigt
47	Überprüfung des kalkulatorischen Mischzinssatzes	versch.	2		Im Rahmen der Gebührenkalkulationen werden die kalkulatorischen Zinssätze angepasst.	erledigt
48	Anhebung Hebesatz Grundsteuer A	1.16.01	2		umgesetzt	erledigt
49	Anhebung Hebesatz Grundsteuer B	1.16.01	2		umgesetzt	erledigt
50	Anhebung Hebesatz Gewerbesteuer	1.16.01	2		umgesetzt	erledigt
51	Erhöhung Hundesteuer	1.16.01	2		umgesetzt	erledigt
52	Änderung Vergütungssteuer	1.16.01	2		Die geänderte Vergütungssteuersatzung ist zum 01.01.2011 in Kraft getreten.	erledigt
54	Schulden- / Zinsmanagement	1.16.01	2			erledigt
55	Reduzierung Kreisumlage	1.16.01	2		Von der Möglichkeit der Stellungnahme ist Gebrauch gemacht worden.	erledigt

Konsolidierungsliste - konsumtiv-				Umsetzungsstand Statusberichte		
	Stand: 30.06.2011	Umsetzbarkeit (ja)				
Lfd. Nr.	Konsolidierungsvorschlag	Produktgruppe	FB (federführend)	Erläuterung zu Vorschlag	aktueller Sachstand	Status
1	2	3	5	10	21	22
56	Ausweitung der Intervalle für die Durchführung der Inventur des Infrastrukturvermögens	1.12.02	2	Durchführung der Inventur des Infrastrukturvermögens Straßen, Wege, Plätze, Ingenieurbauwerke etc. durch externe Kräfte in 5-jährigem Turnus (statt vorgeschriebenem 3-jährigen Rhythmus) Verschiebung der Kosten von 100.000 € von 2010 auf 2012.	Die Erarbeitung eines Konzeptes, welches die ordnungsgemäße Inventur ohne den Einsatz externer Dienstleister ermöglicht soll zeitnah zu den Jahresabschlussarbeiten 2011 erfolgen.	offen (IV. Quartal 2011)
58	Optimierung Einnahmen Liegenschaften	1.01.14	6	Potential: Mit Hilfe des GIS wurden schon zahlreiche unentgeltlich okkupierte Liegenschaften identifiziert, für die sukzessive eine vertragliche und entgeltliche Regelung zu finden ist.	Gemeinsam mit der Stabstelle Bodenmanagement wird versucht, einen derzeit bestehenden personellen Engpass bei der Umsetzung teilweise zu kompensieren.	offen
59	Ausgaben im Bereich Hochbau nur noch in Höhe der Bildungspauschale investiert für Neubau, Konsumtiv für Bauunterhaltung Schulen)	1.01.15	6	Potential: Entlastung bzw. Verringerung der kreditfinanzierten Aufwendungen für Bauunterhaltung	Kann bei der Budgetplanung für 2012 ff. berücksichtigt werden.	in Arbeit (III. Quartal 2011)
60	Rheinhalle	1.01.15	6		umgesetzt	erledigt
61	Bedarfsfrage Bestand – Beispiel Wohngebäude - Veräußerung von Wohngebäuden ggf. auch unterhalb der Verkehrswerte.	1.01.15	6	Hier werden die Wohngebäude betrachtet, für die bislang kein Verkaufsauftrag besteht. Nach Saldierung von Aufwand u. Ertrag über alle diese Gebäude ergibt sich bei Vollvermietung ein Ergebnis von rd. -3000,- €/a. Die kalkulatorischen Kosten durch Abschrei	Die Abfrage hat ergeben, dass keine Wohnungsbaugesellschaft in der Region Interesse zeigt. Über das weitere Vorgehen wird z.Z. verwaltungsintern beraten.	in Arbeit

Konsolidierungsliste - konsumtiv-				Umsetzungsstand Statusberichte		
	Stand: 30.06.2011	Umsetzbarkeit (ja)				
Lfd. Nr.	Konsolidierungsvorschlag	Produktgruppe	FB (federführend)	Erläuterung zu Vorschlag	aktueller Sachstand	Status
1	2	3	5	10	21	22
63	Revision Einnahmen Baugebühren - Bautüberwachung	1.10.01	6	Die inzwischen durchgeführte Revision hat ergeben, dass die Potentiale im Bereich Bautüberwachung weitgehend ausgeschöpft sind. - Es bleibt die Möglichkeit auf Grundlage von § 2 (3) GebG NRW per Satzung eine kommunalspezifische Gebührenordnung zu erlassen	Der Entwurf eines Satzungstextes liegt zwischenzeitlich abgestimmt vor. Eine Umsetzung der Maßnahme ist aufgrund personeller Engpässe in der Bauaufsicht derzeit nicht möglich.	offen
64	Bauberatung gegen Gebühr (B: Stadt Neuss): einfache Auskünfte sind gebührenfrei.	1.10.01	6	Für eine ausführliche Beratung wird eine Gebühr berechnet: 15,00 € pro angefangene halbe Stunde für Bauherren, Bürger/innen... 33,00 € pro angefangene halbe Stunde für Personen wie z.B. Bauvorlageberechtigte, Fachplaner/in etc. (Personen gem. § 58 i.V.m. §	siehe lfd. Nr. 63	offen
29/52	Überprüfung des öffentlichen Grünflächenanteils der Friedhöfe – Reduzierung der Stadtpauschale	1.13.04	6		umgesetzt	erledigt
66	Verkehrsbetriebe: Auslastung optimieren, evtl. Streckenstreichungen, Attraktivität	1.12.04	7	Die Auslastung von einzelnen Strecken wird durch den RSK als Träger des Nahverkehrs bzw. durch die Verkehrsbetriebe RVK oder SWB/KVB festgestellt. Der neue Nahverkehrsplan ist mit einigen Änderungen erst seit wenigen Monaten umgesetzt. Hierzu liegen noch	Auf Beschluss des RSK wird die Taxibuslinie nach Swisttal aufgrund der entsprechenden Nachfrage weiterbetrieben.	in Arbeit
67	Prüfung der Fahrten ÖPNV in Tagesrandzeiten	1.12.04	7	Fahrten in den frühen Morgenstunden der Linie 18 überprüfen, ggf. um 1-2 Fahrten verringern; Prüfung erfolgt durch den RSK als Träger des ÖPNV.	Die Prüfung dauert an, das Prüfungsergebnis liegt noch nicht vor.	in Arbeit
68	Beteiligung von größeren Betrieben an ÖPNV-Kosten	1.12.04	7	Eine direkte Kostenbeteiligung wird nur in Betracht kommen, bei Angeboten, die über den Nahverkehrsplan hinaus nicht über den RSK laufen. Ein Nachubs könnte so ggf. über Bowlingcenter und Disco kofinanziert werden. Ein ergänzender Busshuttle ggf. über Po	Die Rahmenbedingungen haben sich zwischenzeitlich so entwickelt, dass Beteiligungen Externer an den Kosten des ÖPNV unwahrscheinlich sind.	in Arbeit
69	Integration des Schülerspezialverkehrs in den ÖPNV	1.03.06 1.12.04	7	Die RVK hat bislang noch kein entsprechendes Konzept vorlegen können. Die möglichen Kosteneinsparungen der Stadt waren in früheren Jahren bereits sehr gering angesetzt worden, da ersatzweise Schülerfahrkarten ausgegeben werden müssen. Der Schülerspezialve	Die RVK prüft derzeit erneut die Integration des Schülerspezialverkehrs zwischen Swisttal und Bornheim.	in Arbeit (voraussichtlich II. Quartal 2012)

Konsolidierungsliste - konsumtiv-				Umsetzbarkeit (ja)		Umsetzungsstand Statusberichte	
Lfd. Nr.	Konsolidierungsvorschlag	Produktgruppe	FB (federführend)	Erläuterung zu Vorschlag	aktueller Sachstand	Status	
1	Überprüfung der Notwendigkeit von Planungsmaßnahmen	3	5	10	21	22	
70	Keine Beteiligung an Bauvorhaben Dritter - Erschließungsanlagen Dritter	1.12.02	7		umgesetzt	erledigt	
72	Verkauf nicht zwingend erforderlicher Infrastrukturf lächen	1.12.02	9	Veräußerung von nicht genutzten/erforderlichen Infrastrukturf lächen/Wirtschaftswegen (schätzungsweise 10.000€/a abnehmend) nach Feststellung und Anpassung.	umgesetzt	erledigt	
73	Beschränkung des Umfangs und der Dauer der Straßenbeleuchtung (z.B. Nachtabschaltung)	1.12.02	9	Nachabschaltung zwischen 24.00 Uhr und 05.00Uhr als Komplettabschaltung bis auf sog. potentielle Gefahrenstellen (Eimündungen, gefährliche Straßen und Stellen). Die Straßenbeleuchtungsanlage müsste hierzu teilweise modifiziert werden. Investitionsaufwand	Maßnahmen wurden zurück gestellt, da der Umgang mit dem Erlös aus dem Verkauf von Grundstücken/Verkehrsf lächen einer grundsätzlichen Klärung mit der BezReg hinsichtlich der Anrechnung von Verkaufserlösen auf die Kreditgenehmigung bedarf .	offen	
74	Änderungen/Modifizierungen des Straßenbeleuchtungsvertrages	1.12.02	9	Bestehendes Vertragsverhältnis bis 31.12.2012; Ausschreibung ist zwingend erforderlich (Schwellenwert); Vergabe erfolgt nur an Bieter mit nachgewiesener Eignung, Ausrüstung, Fachkunde und Erfahrung. Ab 2013 ein Einsparpotential von mind. 50.000,-/Jahr (Gr	Das Konzept wird z. Zt. erarbeitet. Erste konzeptionelle Überlegungen des Vertragspartners RWE AG liegen vor.	in Arbeit	
75	Übernahme Straßenbeleuchtung	1.12.02	9		umgesetzt	erledigt	
76					Derzeit keine Prüfkapazität vorhanden.	offen	

Konsolidierungsliste -konsumtiv-				Umsetzungsstand Statusberichte			
Lfd. Nr.	Konsolidierungsvorschlag	Produktgruppe	FB (federführend)	Umsetzbarkeit (ja)	Erläuterung zu Vorschlag	aktueller Sachstand	Status
1	2	3	5	10	21	22	
79	Parkraumbewirtschaftung	1.12.03	9	Änderung des Grundsatzbeschlusses Rat erforderlich; Kosteninvestition für Planung, Bau und Unterhaltung bei Betreiben durch die Stadt; langfristig erhöhter Personalbedarf zur Kontrolle der Einhaltung der Auflagen sowie der StVO im unmittelbaren Parkbereich	s. lfd. Nr. 76	offen	
80	Baulandentwicklung nur bei mindestens kostendeckenden Entwicklungskosten (Planung, Erschließung, Folgekosten)	1.09.01	Bo	Ziel = kostendeckend;	Sukzessive Prüfung der potentiellen Entwicklungsflächen auf Eignung.	in Arbeit	
81	Generierung von Einnahmen durch konsequentes Bodenmanagement und Folgekostenverträge	1.01.15	Bo	In Wert setzen v. städt. Liegenschaften: Hersel Bayerstr. 1. BA 200.000 € ;Bornheim Sechtemer Weg 470.000,- € ; Hersel Erfstr./Siegstr.: 555.000,- € Beitrag Sportplatz / Heim neu; Bornheim Kallenberg 220.000,- €	Die Vermarktungsaktivitäten Bayerstrasse in Hersel laufen.	in Arbeit	
82	Schulentwicklung der demographischen Entwicklung anpassen	1.03	4		umgesetzt	erledigt	
83	Hohe Anforderungen an die Begründung von Flächenbedarf und einheitliche Maßstäbe vorgeben. S. auch Hinweise des GPA zu Lebenszykluskostenberechnungen und Flächenmanagement	1.01.15	4	Vermeidung von Investitionen zur Befriedigung von Bedarf, der im Verhältnis zur Lebensdauer v. Gebäuden (GND 80 Jahre) nur für einen kurzen Zeitraum besteht. Einsparung der Investitions- und der Betriebskosten ab 2014, Bedarf für Turnhallenerweiterung muss	Wird in die Gestaltung der Schulentwicklungs- und Kindergartenbedarfsplanung eingebunden (laufend).	offen	
87	25 % Beitrag für Geschwisterkinder in Kita und OGS	1.06.01 1.03.01 1.03.05	4		umgesetzt (siehe Sitzung Rat vom 24.02.2011)	erledigt	

Konsolidierungsliste - konsumtiv-				Umsetzungsstand Statusberichte		
Lfd. Nr.	Konsolidierungsvorschlag	Produktgruppe	FB (federführend)	Erläuterung zu Vorschlag	aktueller Sachstand	Status
	Stand: 30.06.2011			Umsetzbarkeit (ja)		
1	2	3	5	10	21	22
88	Anhebung der OGS-Gebühren	1.03.01 1.03.05	4		umgesetzt (siehe Sitzung Rat vom 24.02.2011)	erledigt
90	Essensbeiträge KITAs pauschalieren	1.06.01	4	Bisher wird jedes Essen mit hohem Personalaufwand in Kita und Verwaltung einzeln abgerechnet. Einsparpotential schwierig darzustellen.	Die Berechnung der Pauschalen erfolgt zur Zeit.	in Arbeit
93	teilweise Streichung Zuschüsse "offene Tür"	1.06.02	4		Wird zur Zeit geprüft.	in Arbeit
95	Reduzierung Zuschüsse Ferienfreizeiten	1.06.02	4		umgesetzt	erledigt
96	Verzicht auf geplante "OT Sechtern"	1.06.02	4	Alternative: Erarbeitung eines Konzeptes, mit dem Ziel durch Kooperation Streetwork, Jugendbus und ev. Kirche Hersel ein zusätzliches Angebot am Wochenende zu schaffen.	Das Konzept wird im JHA im Juli 2011 beraten.	in Arbeit
97	Verzicht auf Ausbau Stadtbüro (Plan 2012)	1.06.02	4		umgesetzt	erledigt
98	Schließung "Cafe Carlson"	1.06.02	4		Das Cafe Carlson (Träger evgl. Kirche) wird zum 30.09.2011 geschlossen. Neues Konzept in Arbeit.	erledigt
100	Reduzierung Spielplätze	1.06.02 1.01.14	4	Die Auswahl erfolgt nach Nutzungspotentialen s. auch lfd. Nr. 120	In 2011 werden insgesamt vier Spielplätze zurückgebaut. Künftiger Verwendungszweck der Flächen ist in verwaltungsinterner Abstimmung.	in Arbeit
101	kostengünstigere Durchführung der Erziehungsberatung	1.06.03	4	Kooperation mit anderen Kommunen		offen

Konsolidierungsliste - konsumtiv-				Umsetzungsstand Statusberichte		
Lfd. Nr.	Konsolidierungsvorschlag	Produktgruppe	FB (federführend)	Erläuterung zu Vorschlag	aktueller Sachstand	Status
	Stand: 30.06.2011			Umsetzbarkeit (ja)		
1	VHS Gebührenerhöhung vom 2. Semester 2010, gestaffelt bis 1. Sem. 2012	3	5	10	21	22
104	Reduzierung der Druckauflage des Programmheftes	1.04.02	10		umgesetzt	erledigt
106	Bücherei: Schließung, Zusammenlegung , Reduzierung, Aufgabenübertragung	1.04.02	10		umgesetzt	erledigt
108	Bücherei: Schließung, Zusammenlegung , Reduzierung, Aufgabenübertragung	1.04.03	10	Zusammenlegung Schulbücherei/Mediothek AVH-Gymnasium mit Stadtbücherei: im AVH vorhandene Fläche nicht ausreichend für beide - unterschiedlichen - Bestände. => Neubau erforderlich oder sehr starke Reduzierung des Medienbestandes, Mietvertrag Bücherei lä	Zu den Maßnahmen 108 bis 111 wurde dem SKA am 02.02.2011 ein Konzept vorgelegt, welches aber nicht beschlossen wurde, da die Prüfung des Standortes zusammen mit FB 6 erfolgen soll, sobald es dessen Personalkapazität erlaubt.	offen (I. Quartal 2012)
109	Bücherei: Schließung, Zusammenlegung, Reduzierung , Aufgabenübertragung (Öffnungszeiten)	1.04.03	10	rechnerisch: 1 Öffnungsstunde ≈ 4,72 Personalstunden, 20 Öffnungsstunden für Anerkennung Land erforderlich. Reduzierung durch Umsetzung (keine Auswirkung auf GesamthH) oder freiwilligen Verzicht auf Stundendeputat. Auswirkungen abhängig von Ausleihzahlen	Zu den Maßnahmen 108 bis 111 wurde dem SKA am 02.02.2011 ein Konzept vorgelegt, welches aber nicht beschlossen wurde, da die Prüfung des Standortes zusammen mit FB 6 erfolgen soll, sobald es dessen Personalkapazität erlaubt.	offen (I. Quartal 2012)
110	Bücherei: Schließung, Zusammenlegung, Reduzierung , Aufgabenübertragung (Personal)	1.04.03	10	Personaleinsparung = Verringerung der Öffnungszeiten bzw. der Serviceangebote	Zu den Maßnahmen 108 bis 111 wurde dem SKA am 02.02.2011 ein Konzept vorgelegt, welches aber nicht beschlossen wurde, da die Prüfung des Standortes zusammen mit FB 6 erfolgen soll, sobald es dessen Personalkapazität erlaubt.	offen (I. Quartal 2012)
111	Öffnungszeiten der kommunalen Büchereien stärker an der Nachfrage ausrichten.	1.04.03	10	Ohne Veränderung des Aufwands Gewinn neuer Leser/innen und Merheinnahme Gebühren möglich. Nicht kalkulierbar.	Zu den Maßnahmen 108 bis 111 wurde dem SKA am 02.02.2011 ein Konzept vorgelegt, welches aber nicht beschlossen wurde, da die Prüfung des Standortes zusammen mit FB 6 erfolgen soll, sobald es dessen Personalkapazität erlaubt.	offen (I. Quartal 2012)
112	Übertragung von Aufgaben an andere Träger (bzw. Verstärkung Kooperation)	1.04.02	10	Kooperation bereits umgesetzt, z.B. Familienzentren, Kindertageseinrichtungen, FB 4, Maltreser, Alanus-Hochschule. Übertragung der Aufgaben an Kreis nach WbG möglich gegen Kostenerstattung, Übertragung an freie Träger nicht zulässig, Fusion mit anderen VHS	Kooperation: Daueraufgabe	in Arbeit

Konsolidierungsliste - konsumtiv-				Umsetzbarkeit (ja)		Umsetzungsstand Statusberichte	
Lfd. Nr.	Konsolidierungsvorschlag	Produktgruppe	FB (federführend)	Erläuterung zu Vorschlag	aktueller Sachstand	Status	
	Stand: 30.06.2011						
1	2	3	5	10	21	22	
113	Erhöhung Benutzungsgebühr, Differenzierung der Jahresgebühren, Überprüfung der Höhe der Mahngebühren	1.04.03	10		umgesetzt	erledigt	
114	Verzicht auf Projektantrag „Älter und bunter – Neuorientierung ab 60 Plus.“ beim Land	1.04.03	10		umgesetzt	erledigt	
115	Die Neuausstattung mit Büchereiausweisen wird auf 2011 verschoben. Die Kosten werden zur Hälfte gesponsert.	1.04.03	10	Sponsoring, Ertrag: 600 €	Umsetzung erfolgt derzeit.	in Arbeit	
116	Prüfung, inwieweit die vermehrte Nachfrage nach elektronischen Medien und Tonträgern bei der Gebührenssetzung berücksichtigt werden kann	1.04.03	10		umgesetzt	erledigt	
117	Anstelle einer Jahresgebühr einen Dauervertrag mit Kündigungsmöglichkeit anbieten.	1.04.03	10		Auch nach dem letzten Up-Date bietet die Software Bibliotheca nicht die Möglichkeit, die Ablaufdaten einer Jahresgebühr automatisch abrufen zu können. Die Maßnahme ist daher nicht umsetzbar.	offen	
118	Gebühreerhöhung Friedhof (kostendeckende Kalkulation)		SBB			erledigt	
119	Übertragung von Aufgaben an andere Träger (bzw. Verstärkung Kooperation)		SBB		umgesetzt	erledigt	
120	Reduzierung Spielplätze		4			erledigt	
122	Verkauf Freilandfläche Schwimmbad		6	Kein Einsparpotential, da die durchschnittlichen Einnahmen für die Freibadbesucher den Pflegeaufwand für die Wiese und die vorhandenen Aufbauten decken. Einmalig ca. 1.500.000,- bei einem Verkauf der Flächen (ca. 18.000 m²) zu Bebauungszwecken kompensieren.	Gemeinsam mit der Stabstelle Bodenmanagement wird versucht, einen derzeit bestehenden personellen Engpass bei der Umsetzung teilweise zu kompensieren.	in Arbeit	

Konsolidierungsliste -konsumtiv-				Umsetzungsstand Statusberichte			
Lfd. Nr.	Konsolidierungsvorschlag	Produktgruppe	FB (federführend)	Umsetzbarkeit (ja)	Erörterung zu Vorschlag	aktueller Sachstand	Status
1	2	3	5	10		21	22
124	Erhöhung Eintrittsgelder HFB		SBB			umgesetzt	erledigt
125	Senkung Energie,- Ver- und Entsorgungskosten durch Optimierung der Infrastruktur und Beeinflussung des Nutzerverhaltens		SBB		Nach Installation des BHKW voraussichtlich im April 2010 mit der vereinbarten Wärmelieferung sollen für weitere Energiesparmaßnahmen (z.B. Luftwärmetauscher etc.) private Investoren gesucht werden. Summenmäßig derzeit nicht bezifferbar.	Stellenbesetzung "Projektbeauftragter" ist zum 01.04. 2011 erfolgt, allerdings nur halbtags. Diese Maßnahmen werden daher erst in 2012 begonnen werden können.	offen
126	Überprüfung der Standards Grünflächenpflege mit dem Ziel der Reduzierung		6		Mit dem vorhandenen Personal können die Anforderungen bereits jetzt nicht leistungsgerecht erfüllt werden, weitere Personalreduzierungen sind nur bei deutlicher Reduzierung des Leistungsumfanges möglich.	Prüfung erfolgt derzeit.	offen

Konsolidierungsliste - konsumtiv-				Umsetzbarkeit (ja)		Umsetzungsstand Statusberichte	
Lfd. Nr.	Konsolidierungsvorschlag	Produktgruppe	FB (federführend)	Erläuterung zu Vorschlag	aktueller Sachstand	Status	
1	2	3	5	10	21	22	
127	Errichtung einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe zur strategischen Haushaltskonsolidierung		2		Die Arbeitsgruppe ist eingerichtet, die Sitzungstermine für 2011 wurden festgelegt.	erledigt	
128	Aufstellung von Bewirtschaftungsregeln für das Haushaltsjahr 2011		2		Die Bewirtschaftungsverfügung wurde nach Abstimmung im Verwaltungsvorstand Mitte April 2011 an die Produktgruppenverantwortlichen versendet.	erledigt	
129	Begrenzung der städtischen Verlustzuweisung an den Stadtbetrieb Bornheim (SBB AöR) für den Betrieb des Hallenbades		2		Die Festschreibung eines Festbetrages zur Fehlbedarfsabdeckung in den Jahren 2011 bis 2014 für den Betrieb des Hallenfreizeibades ist mit Schreiben vom 30.03.2011 erfolgt.	erledigt	
130	Prüfung zur Einrichtung eines sog. Cash-Pools der Stadt mit den selbstständigen Aufgabenbereichen		2	Die Einrichtung eines solchen Cash-Pools könnte im Hinblick auf die Reduzierung von Zinsaufwand/-auszahlung sinnvoll sein.	Prüfung erfolgt derzeit.	offen (III. Quartal 2011)	
131	Reduzierung von Skontoverlusten		2		Im FB 2 ist sichergestellt, dass eine Zahlbarmachung von Rechnungen innerhalb von drei Arbeitstagen erfolgt.	erledigt	
132	Prüfung, ob Wasserverbandsbeiträge erhoben werden können		SUA	Mit der Erhebung solcher Gebühren kann die städtische Ertrags- und Liquiditätssituation verbessert werden.	Prüfung erfolgt derzeit.	offen	
133	Prüfung, ob Zweitwohnungssteuer erhoben werden kann		2	Mit der Erhebung solcher Steuern kann die städtische Ertrags- und Liquiditätssituation verbessert werden.	Prüfung erfolgt derzeit.	offen (III. Quartal 2011)	
134	Prüfung, ob sog. "Bettensteuer" erhoben werden kann		2	Mit der Erhebung solcher Steuern kann die städtische Ertrags- und Liquiditätssituation verbessert werden.	Prüfung erfolgt derzeit.	offen (III. Quartal 2011)	

Konsolidierungsliste - konsumtiv-				Umsetzungsstand Statusberichte		
Lfd. Nr.	Konsolidierungsvorschlag	Produktgruppe	FB (federführend)	Erläuterung zu Vorschlag	aktueller Sachstand	Status
	Stand: 30.06.2011			Umsetzbarkeit (ja)		
1	2	3	5	10	21	22
135	Optimierung des Anlagevermögens		2	Entwicklung von Strategien zur Reduzierung von Abschreibungsaufwendungen bei gleichzeitigem Vermögenserhalt.	Strategieentwicklung erfolgt derzeit.	offen (IV. Quartal 2011)
136	Optimierung Forderungsmanagement		2	Entwicklung von Strategien zur Sicherstellung der kaufmännischen Erfassung von Forderungen und deren zeitnahe Realisierung.	Strategieentwicklung erfolgt derzeit.	offen (IV. Quartal 2011)
137	Darstellung und Berücksichtigung der Vollkosten bei Gebühren- und Beitragsberechnungen		Co		Gebühren und Beiträge werden durch die Stabstelle Controlling grundsätzlich auf Vollkostenbasis kalkuliert.	erledigt
138	Reduzierung von gebäudewirtschaftlichem Aufwand		6	Erstellung eines Konzeptes mit dem Ziel, den gebäudewirtschaftlichen Aufwand zu reduzieren.	Prüfung, inwieweit Instandhaltungsaufträge durch eigene Ressourcen durchgeführt werden können.	offen
139	Prüfung, ob Rathausschließung in den Zeiten zwischen Weihnachten und Silvester, an Karneval sowie an Brückentagen möglich ist.		1		Die Prüfung wurde abgeschlossen. Eine entsprechende Vorlage für die Beratung im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss am 22.09.2011 ist erstellt.	erledigt
140	Prüfung, ob Reduzierung von Bankgebühren möglich ist		2		Prüfung wurde abgeschlossen. Einsparungen sind möglich, indem kostenintensive Bankbuchungen verlagert werden zu einem Bankinstitut mit pauschaler Kostenregelung. Umsetzung ist im April 2011 erfolgt.	erledigt

Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss	22.09.2011
Rat	29.09.2011

öffentlich

Vorlage Nr.	363/2011-2
Stand	18.08.2011

Betreff Änderung der Haushaltssatzung der Stadt Bornheim für das Haushaltsjahr 2011

Beschlussentwurf Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

siehe Beschlussentwurf Rat

Beschlussentwurf Rat:

Der Rat beschließt,

1. die Änderung der Dringlichkeitsliste (Prioritätenliste) 2011
2. den Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, auf 1.825.788 EUR festzusetzen und
3. die Haushaltssatzung der Stadt Bornheim für das Haushaltsjahr 2011 wie folgt zu ändern:

Haushaltssatzung der Stadt Bornheim für das Haushaltsjahr 2011

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666 / SGV NW 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2009 (GV. NRW S. 950), hat der Rat der Stadt Bornheim mit Beschluss vom 24.02.2011 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der **Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011**, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Ergebnisplan** mit Gesamtbetrag der Erträge auf **67.088.248 EUR** und Gesamtbetrag der Aufwendungen auf **86.396.185 EUR** festgesetzt,

im **Finanzplan** mit Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf **65.555.065 EUR** und Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf **79.218.250 EUR** festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit wird auf **7.907.904 EUR** und Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf **9.631.400 EUR** festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der **Kredite, deren Aufnahme für Investitionen** erforderlich ist, wird auf **1.825.788 EUR** festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf **6.355.675 EUR** festgesetzt.

§ 4

Die **Verringerung der allgemeinen Rücklage** zum Ausgleich des Ergebnisplanes wird auf **19.307.937 EUR** festgesetzt.

§ 5

Der **Höchstbetrag der Kredite**, die zur **Liquiditätssicherung** in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **45.000.000 EUR** festgesetzt.

§ 6

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** sind mit Hebesatzsatzung vom 11.06. 2010 wie folgt festgesetzt worden:

1. **Grundsteuer**
 - 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (**Grundsteuer A**) auf 260 v. H.
 - 1.2 für die Grundstücke (**Grundsteuer B**) auf 430 v. H.
2. **Gewerbesteuer** auf 440 v. H.

§ 7

Nach dem Haushaltssicherungskonzept kann der Haushaltsausgleich im Zeitraum der mittelfristigen Finanz- und Ergebnisplanung nicht hergestellt werden.

§ 8

Die Wertgrenze nach § 4 Abs. 4 Satz 2 Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) für die Einzelausweisung von Investitionsmaßnahmen wird auf 100.000 € festgelegt; wobei Baumaßnahmen unabhängig von ihrem Kostenvolumen einzeln auszuweisen sind.

Die Wertgrenze nach § 14 Abs. 1 GemHVO NRW als Voraussetzung zur Veranschlagung von Investitionsmaßnahmen im Haushaltsplan wird für Baumaßnahmen auf 100.000 € und für Anschaffungen auf 5.000 € festgelegt.

Auszahlungserhöhungen um mehr als 10 %; mindestens aber um 25.000 € bei einer Einzelmaßnahme gelten im Sinne des § 24 Abs. 2 GemHVO NRW als nicht nur geringfügig.

Sachverhalt:

Gemäß Vorlage Nr. 12/2011-2 hat der Rat in seiner Sitzung am 24.02.2011 mehrheitlich die Haushaltssatzung der Stadt Bornheim sowie die Dringlichkeitsliste (Prioritätenliste) für das Haushaltsjahr 2011 beschlossen.

In § 2 der Haushaltssatzung wurde der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, auf 1.756.037 EUR festgesetzt.

Im Zuge der Prüfung der Prioritätenliste 2011 durch die Kommunalaufsicht zur Erteilung der Kreditgenehmigung für das Haushaltsjahr 2011 ergab sich ein rechnerischer Änderungsbedarf.

Zur Finanzierung der in der Prioritätenliste aufgeführten teil- und unrentierlichen Maßnahmen errechnet sich nach Abzug der erwarteten zweckgebundenen sowie allgemeinen Deckungsmittel ein über Kreditaufnahmen zu finanzierender Betrag in Höhe von 1.825.788 EUR.

Der zu finanzierende Betrag liegt unterhalb des Kreditdeckels von 2/3 der planmäßigen ordentlichen Tilgung, überschreitet jedoch die in § 2 der Haushaltssatzung 2011 festgesetzte Ermächtigung um 69.751 EUR.

Die zuvor genannten Anpassungen erfordern nunmehr eine Änderung der Haushaltssatzung sowie der Prioritätenliste 2011.

Unter der Bedingung der Anpassung der Kreditermächtigung in § 2 der Haushaltssatzung hat die Kommunalaufsicht mit Schreiben vom 17.08.2011 gemäß § 82 Abs. 3 GO NRW die Genehmigung zur Aufnahme von Krediten für teil- und unrentierliche Investitionen bis zu einem Höchstbetrag von 1.825.788 EUR erteilt.

Finanzielle Auswirkungen

keine

Anlagen zum Sachverhalt

- 1 Dringlichkeitsliste (Prioritätenliste) 2011
- 2 Kreditgenehmigung 2011



Dringlichkeitsliste (Prioritätenliste): Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen der HSK - Kommune "Stadt Bornheim" nach § 82 GO NRW

Kategorie 1: Investitionen, die im Rahmen der Erfüllung von gesetzlichen Pflichtaufgaben notwendig sind (gesetzliche Verpflichtungen, aus denen sich der Zwang zum Handeln ergibt, z.B. Verkehrssicherungsmaßnahmen, Schulbau)
Kategorie 2: Dringend notwendige Maßnahmen zur Sicherung der kommunalen Vermögenssubstanz, wenn der Verzicht eindeutig unwirtschaftlich wäre.
Kategorie 3: Weitere Investitionsmaßnahmen, für die Fördermittel der EU, des Bundes oder des Landes bewilligt werden.

Table with columns: Priorität 2011, Kategorie, Projekt-nr., Maßnahme, Förderbereich, D5 insgesamt, D5 2011, EU 2010-2011, Änderung 2011, 0 (ohne EU), erzielte Bewilligung, erwartete Bewilligung, Auszahlung 2011, Vortrag Auszahlung 2010-2011, gesamt 2011, Beteilig. durch Dritte Invest. = 2011, Beteilig. durch Dritte Vortrag nach 2011, Beteilig. durch Dritte gesamt 2011, Beteilig. durch Dritte Vortrag < 2011, Beteilig. durch Dritte Folgejahre > 2011, Eigenanteil der Gemeinde, Mo. H. = 2011, Vorjahre < 2011, Folgejahre > 2011, Feuer-schutz, 2011, Sport-pauschale 2011, Bildungs-pauschale 2011

41/52

Rhein-Sieg-Kreis • Der Landrat • Postfach 15 51 • 53705 Siegburg

Stadt Bornheim
Der Bürgermeister

Kommunalaufsicht
Frau Schmiedel

Zimmer: A 1.27
Tel.: 02241-13-3019
Fax: 02241-13-3273
E-Mail:
sandra.schmiedel@rhein-sieg-kreis.de

Siegburg, den 17.08.2011

**Nothaushalt der Stadt Bornheim
Kreditgenehmigung für das Haushaltsjahr 2011 gemäß § 82 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW
In dieser Angelegenheit geführter Schriftverkehr sowie mit Herrn Cugaly und Herrn
Rondholz geführte Telefonate**

Mit Bericht vom 31.03.2011 haben Sie die Haushaltssatzung 2011 mit Haushaltssicherungskonzept vorgelegt und um Erteilung der Genehmigung zur Aufnahme von Krediten im Rahmen des § 82 Abs. 3 Nr. 2 GO NW gebeten. Die Stadt befindet sich weiterhin im Nothaushalt, da die vom Rat beschlossene Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes bis 2014 nicht genehmigt werden kann.

Nach den Vorgaben im Leitfaden „Maßnahmen und Verfahren zur Haushaltssicherung“ des IM vom 06.03.2009 ist zwischen rentierlichen und unrentierlichen Investitionen zu unterscheiden. Die maximal genehmigungsfähige Kreditaufnahme für den teil- bzw. unrentierlichen Bereich darf 2/3 der veranschlagten ordentlichen Tilgung nicht überschreiten.

Dieser Kreditgenehmigung liegt die mit Ihnen am 03.08.2011 abschließend abgestimmte Prioritätenliste zugrunde; im Rahmen meiner Prüfung hatte sich rechnerischer Änderungsbedarf ergeben.

Im rentierlichen Bereich entsteht nach der vorgelegten Aufstellung kein Kreditbedarf. Zur Finanzierung der in der Prioritätenliste aufgeführten teil- und unrentierlichen Maßnahmen errechnet sich nach Abzug der erwarteten zweckgebundenen sowie allgemeinen Deckungsmittel ein über Kreditaufnahmen zu finanzierender Betrag in Höhe von **1.825.788 EUR**, der unter dem Kreditdeckel von 2/3 der planmäßigen ordentlichen Tilgung in Höhe von 1,907 Mio. EUR (2/3 von 2,86 Mio. EUR) bleibt.

Der Kreditbedarf überschreitet folglich die in § 2 der Haushaltssatzung 2011 festgesetzte Ermächtigung um 69.751 EUR. Eine Satzungsänderung ist erforderlich. Den entsprechenden Ratsbeschluss bitte ich herbeizuführen.

Unter der Bedingung, dass der Rat in seiner nächsten Sitzung die Anpassung der Kreditermächtigung in § 2 der Haushaltssatzung beschließt, erteile ich gemäß § 82 Abs. 3

Nr. 2 GO NRW für die Finanzierung der in der Prioritätenliste in der Fassung vom 03.08.2011 aufgeführten teil- und unrentierlichen Investitionen die Genehmigung zur Aufnahme von Krediten bis zu einem Höchstbetrag von

1.825.788 EUR.

Die Kreditsumme darf ausschließlich zur Finanzierung der in der Prioritätenliste aufgeführten Investitionen eingesetzt werden. Abweichungen bedürfen meiner Zustimmung.

Hinweise:

Von der Kreditgenehmigung sind nur solche Maßnahmen erfasst, für die nach Maßgabe von § 82 GO NRW Auszahlungen während der Zeit der vorläufigen Haushaltsführung geleistet werden dürfen. Ob die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind, ist von Ihnen für jede Einzelmaßnahme nochmals vor deren Durchführung zu prüfen. Auch hinsichtlich jeder Fortsetzungsmaßnahme ist zunächst zu klären, ob die Ausführung der noch vorgesehenen Investitionsanteile erforderlich ist und ob die Weiterführung der Maßnahme zur Vermeidung wirtschaftlicher Nachteile in diesem Jahr erfolgen muss oder auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden kann. Die auf der Grundlage der vorgelegten Prioritätenliste erteilte Kreditgenehmigung entbindet die Stadt nicht von dieser eigenverantwortlich vorzunehmenden Prüfung.

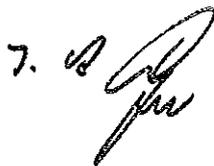
Die Entwicklung der Einzahlungen ist fortlaufend zu überwachen. Wird festgestellt, dass allgemeine oder spezielle Deckungsmittel ausfallen, die Basis der Berechnung für die Kreditgenehmigung waren, ist die Investitionstätigkeit unverzüglich anzupassen. Da eine Vorfinanzierung von Investitionen im Nothaushalt nicht zulässig ist, gilt dies insbesondere für Maßnahmen, für die Zuwendungen erwartet werden.

Mehreinzahlungen bei den Deckungsmitteln reduzieren den Kreditbedarf entsprechend.

Beim Haushaltsvollzug können der Austausch einzelner Investitionsmaßnahmen und/oder einzelne von der Planung abweichende maßnahmebezogene Auszahlungen des Haushaltsjahres durch die Aufsichtsbehörde zugelassen werden, wenn sich der genehmigte Kreditaufnahmerahmen hierdurch nicht erhöht und keine neue Dauerverpflichtungen eingegangen werden, die ein Einhalten eines genehmigungsfähigen Kreditaufnahmerahmens in künftigen Haushaltsjahren gefährden. In diesen Fällen bitte ich rechtzeitig einen Bericht mit entsprechenden Erläuterungen vorzulegen.

Ergeben sich bei einer Maßnahme insgesamt geringere Auszahlungen als veranschlagt, gelten die Mittel grundsätzlich als erspart; die erteilte Kreditgenehmigung reduziert sich entsprechend.

Ich bitte Sie, mir möglichst bis zum 31.03.2012 eine Abrechnung der investiven Ein- und Auszahlungen des Haushaltsjahres 2011 vorzulegen; diese wird auch benötigt, um die ggf. vom Rat beschlossenen Ermächtigungsübertragungen nach 2012 und deren Finanzierbarkeit bewerten zu können.

7. 

Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss	22.09.2011
--	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	354/2011-7
-------------	------------

Stand	12.08.2011
-------	------------

Betreff Benennung der Planstraße im Bebauungsplangebietgebiet Wb 08 in Walberberg

Beschlussentwurf:

Der Haupt-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss beschließt, die Planstraße im Baugebiet Wb 08 „Am Alten Kurfürsten“ zu benennen.

Sachverhalt:

Der Vorhabenträger für das Baugebiet Bo 08 hat angeregt, die zu erstellende Planstraße in Anlehnung an die dort früher ansässige Gaststätte „Am Alten Kurfürsten“ zu benennen. Der Ortsvorsteher von Walberberg wurde beteiligt und ist mit der Namensgebung einverstanden.

Finanzielle Auswirkungen

Die Kosten der Beschilderung werden vom Vorhabenträger getragen.

Anlagen zum Sachverhalt

Lageplan

Ordnungsbezogener Bebauungsplan Wb 08 in der Ortschaft Walberberg-1. Änderung



Innerhalb der Grenzen des Vorhaben- und Erschließungsplans sind 14 Einfamilienhäuser sowie im Änderungsbereich ein Mehrfamilienhaus mit maximal 4 Wohneinheiten innerhalb des Bestandsgebäudes zulässig.

sonstige Festsetzungen
 der baulichen Nutzung
 § 4 Nr. 1 BauGB, §§ 1 bis 11 BauNVO

Zweckbestimmung:
 nur Einzelhäuser zulässig
 nur Doppelhäuser zulässig

Sonstige Planzeichen
 46/52
 Umgrenzung von Flächen für Garagen und Gemeindefestlagen

Sonstige Signaturen
 Grenze des Vorhaben- und Erschließungsplans

Rechtsgrundlagen
 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414)
 Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung 1990 BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung der Neufassung vom

Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss	22.09.2011
--	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	352/2011-7
-------------	------------

Stand	12.08.2011
-------	------------

Betreff Benennung des Wirtschaftsweges im Bereich der Biogasanlage in Sechtem

Beschlussentwurf:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt, dem Wirtschaftsweg im Bereich der Biogasanlage den Namen „Krummenacker“ zu geben.

Sachverhalt:

Der Eigentümer der Biogasanlage in der Gemarkung Sechtem hat beantragt, einen Straßennamen für den vorbeiführenden Wirtschaftsweg zu erteilen. Hintergrund ist u.a., dass es Probleme bei der Postzustellung gibt.

Die Biogasanlage wird durch den parallel zur L 192 verlaufenden Wirtschaftsweg erschlossen (s. Auszug aus der Flurkarte). Der Bürgermeister schlägt vor, in Anlehnung an die Gemarkungsbezeichnung den Namen „Krummenacker“ zu vergeben. Der Ortsvorsteher von Sechtem wurde beteiligt und ist mit dem vorgesehenen Straßennamen einverstanden.

Finanzielle Auswirkungen

Die Kosten für die Beschilderung werden durch den Antragsteller und Eigentümer der Biogasanlage getragen.

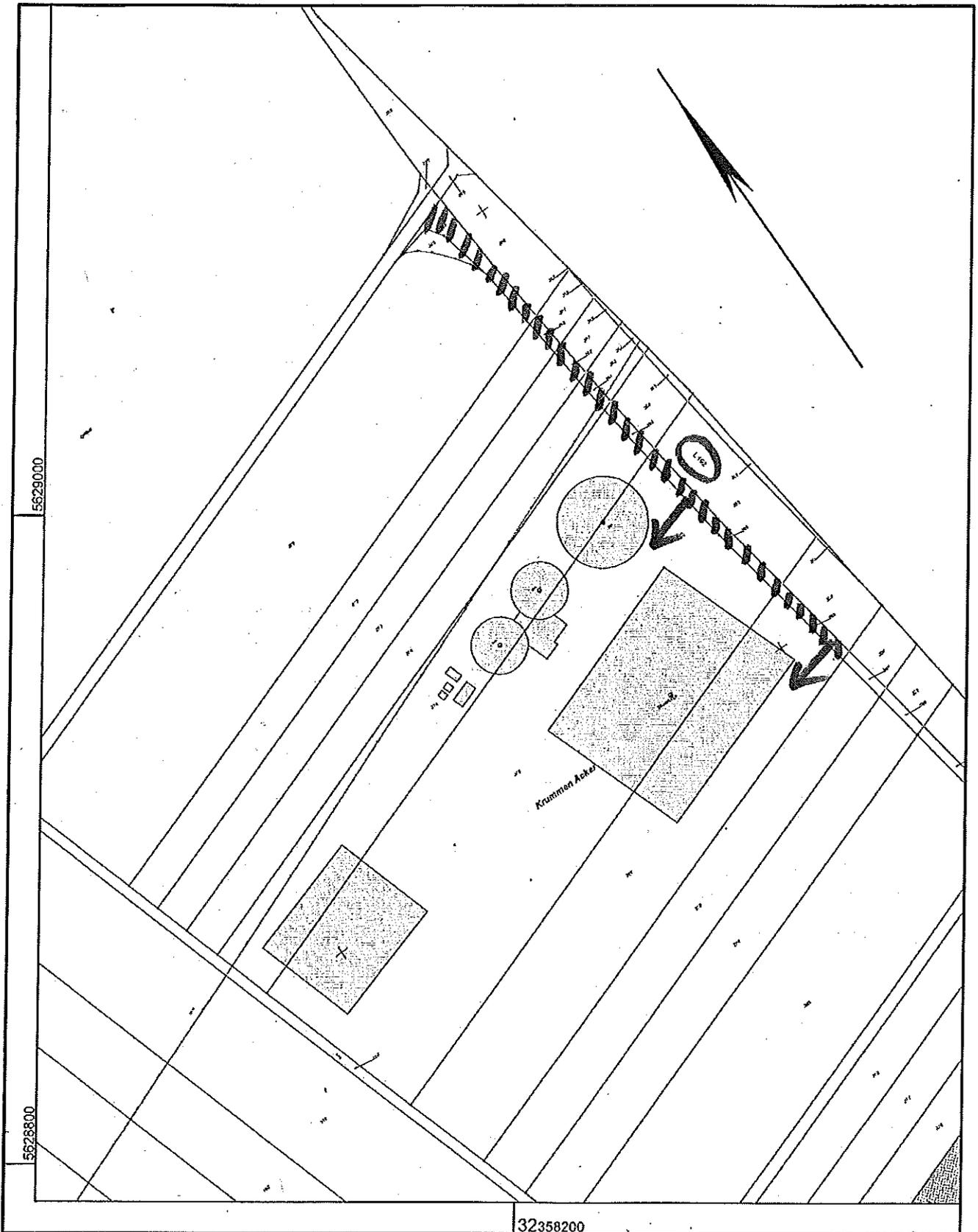
Anlagen zum Sachverhalt

Plan



Flurstück: 275
Flur: 4
Gemarkung: Sechtem
krummen Acker, Bornhelm

Erstellt: 28.06.2011
Zeichen:

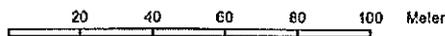


5629000

5628800

32358200

Maßstab 1 : 2000



© Rhein-Sieg-Kreis

Gefertigt im Auftrag durch: Stadt Bornhelm, Rathausstr. 2, 53332 Bornhelm

Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss	22.09.2011
--	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	339/2011-1
Stand	03.08.2011

Betreff Mitteilung betr. interkommunale Zusammenarbeit beim Personalmanagement

Sachverhalt:

Aufgrund des Auftrages aus den Beratungen des Haushaltes 2011 im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss am 17.02.2011 hat der Bürgermeister geprüft, inwieweit eine interkommunale Zusammenarbeit im Bereich Personalwesen erfolgen kann.

Bei der Beratung in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 17.02.2011 wurde auch das Beispiel des Kreises Warendorf angeführt.

Die Recherche bei der Servicestelle Personal des Kreises Warendorf hat folgendes ergeben:

Bei der Servicestelle Personal des Kreises Warendorf sind zur personellen Betreuung von ca. 1450 Mitarbeiter insgesamt 6,5 Stellen eingerichtet. Das bedeutet, dass auf 223 ein personal-sachbearbeitender Mitarbeiter entfällt.

Der Leistungskatalog der Servicestelle beinhaltet aber nicht alle Aufgaben einer Personalverwaltung. Vielmehr werden überwiegend solche Prozesse wahrgenommen, die einen hohen Automatisierungsgrad aufweisen.

Für die im Leistungskatalog der Servicestelle des Kreises Warendorf aufgeführten Tätigkeiten können für Bornheim maximal 1,5 Stellen angesetzt werden. Damit liegt die Betreuungsquote in Bornheim bei 220 Mitarbeitern/je Stelle und somit fast genau bei dem Wert der Servicestelle des Kreises Warendorf.

Zu beachten ist, dass bei einer Übertragung von Personalsachbearbeitung auf eine interkommunale Stelle in jedem Fall ein nicht übertragbarer Anteil von Arbeiten wie beispielsweise Vorarbeiten, Koordinierungstätigkeiten oder Entscheidungen weiterhin bei der Stadt Bornheim verbleiben. Eine Ersparnis ist in Anbetracht der bereits vorhandenen knappen Personalbemessung für den Aufgabenbereich Personalverwaltung in der Stadtverwaltung Bornheim nicht erkennbar.

Weiterhin ist festzustellen, dass die neben diversen Eigenbetrieben teilnehmenden Kommunen Sendenhorst, Ostbeveren und Everswinkel zwischen 9.500 und 13.000 Einwohner haben. Bei diesen Größenklassen lässt sich das Argument der Bündelung von Fachwissen an einer Stelle sicher nachvollziehen, da die Vorhaltung an dezentraler Stelle unverhältnismäßig sein dürfte.

Seitens des Rhein-Sieg-Kreises wurde bereits in der Vergangenheit interkommunale Zusammenarbeit angeregt. Derzeit erfolgen Abstimmungsgespräche mit den kreisangehörigen Kommunen zu möglichen Ansätzen einer interkommunaler Zusammenarbeit. Inwieweit sich hier konkrete Ansätze ergeben, bleibt abzuwarten.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass insbesondere die ILEK-Kommunen, also die linksrheinischen Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises, auf den verschiedensten Gebieten interkommunale Zusammenarbeit mit Erfolg praktizieren.

Daraus sind auch vielfache bilaterale Kontakte entstanden, die zu punktuellen und teilweise recht intensiven Zusammenarbeit führten. So erfolgen regelmäßige Austauschgespräche mit der Stadt Rheinbach. Hier werden konkrete Fragen und Probleme, insbesondere betr. Personalwirtschaft, Organisation o.ä. erörtert. Ein Austausch und eine Unterstützung erfolgt hier auch bei Einzelfragen im Bereich des Personalwesens (z.B. bei Fragen der Eingruppierung, Stellenbewertung, Stellenbemessung etc.). Diese Form der Zusammenarbeit wird von beiden Seiten als sehr positiv erachtet. Auch mit der Nachbarkommune Alfter wird nachbarschaftliche Zusammenarbeit praktiziert.

Darüber hinausgehende interkommunale Zusammenarbeit wird nicht für sinnvoll erachtet. Zumal etliche Bereiche der Personalbewirtschaftung mit bereits vorhandenen automatisierten Verfahren bearbeitet werden, die in der Regel der EDV-Dienstleister Civitec anbietet. Dazu gehören beispielsweise der aufwendige Bereich der Lohnabrechnung oder die ansonsten recht zeitaufwendige Stellenplanerstellung und -bewirtschaftung.

Bei der Übertragung der Personalsachbearbeitung an eine interkommunale und zentrale Personalstelle wird es ganz sicher zu erheblichen Verzögerungen bei der Einzelfallbearbeitung kommen. So würde die Bearbeitungszeit beispielsweise bei einer vorzunehmenden Einstellung erheblich länger und der Arbeitsaufwand größer sein, denn die Vorgaben zur Einstellung (Stelle, Qualifikation, Eingruppierung, Ausschreibungstext bzw. Ausschreibungsorgan) oder auch die Beteiligung des Personalrats sowie die Letztentscheidung müssten in jedem Fall in der Stadtverwaltung getroffen werden. Im Beispielsfall müssten Akten in erheblichem Umfang hin- und hergeschoben und umfangreiche Abstimmungen erfolgen.

Der Bürgermeister sieht für die Stadt Bornheim daher keine Einsparpotentiale, die mit einer Übertragung der Personalbewirtschaftung auf eine interkommunale Stelle realisiert werden könnten. Darüber hinaus ginge der persönliche Kontakt bzw. die persönliche Beratung der Mitarbeiter durch die Stadtverwaltung weitgehend verloren.

Der Bürgermeister hält daher die Übertragung der Personalbewirtschaftung auf eine interkommunale Stelle für nicht sinnvoll. Trotzdem wird der Bürgermeister im Kontakt mit den Nachbarkommunen weiterhin Möglichkeiten einer organisatorisch sinnvoll und wirtschaftlichen Zusammenarbeit prüfen.

Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss	22.09.2011
--	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	232/2011-1
Stand	12.05.2011

Betreff Mitteilung betr. Öffnungszeiten des Rathauses an Brückentagen sowie zwischen Weihnachten und Neujahr

Sachverhalt:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss der Stadt Bornheim hat am 17.02.2011 im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2011 den Bürgermeister beauftragt zu prüfen, ob das Rathaus ab 2012 in den Zeiten zwischen Weihnachten und Silvester, Karneval und an Brückentagen bis auf eine Notbesetzung geschlossen werden kann.

Der Auftrag beinhaltet einerseits festzustellen, ob finanzielle und personelle Einsparpotentiale aufgetan werden können, aber andererseits auch die Auswirkungen auf die Serviceleistungen für die Bürgerinnen und Bürger von Bornheim darzustellen.

Grundlage der Prüfung ist in erster Linie eine Auswertung über das Besucherverhalten im Bürgerbüro der Stadt Bornheim an „normalen“ Wochentagen sowie in den Zeiten zwischen Weihnachten und Silvester und an den beiden Brückentagen Christi Himmelfahrt und Fronleichnam. Diese Erhebungen werden seit einiger Zeit permanent durchgeführt.

Danach stellen sich die Besucherzahlen wie folgt dar:

Zeitraum	Kontakte im Zeitraum	„normaler“ Vergleichstag/Woche
Freitag nach Christi Himmelfahrt 2010	254	165
Freitag nach Christi Himmelfahrt 2009	224	118
Weihnachtswoche 2010	628	629
Weihnachtswoche 2009	655	514

Daraus ist zu erkennen, dass die Besucherzahlen im Bürgerbüro der Stadt Bornheim an Brückentagen sowie zwischen Weihnachten und Neujahr teilweise deutlich die Zahlen der Vergleichszeiträume „normaler Wochen“ übersteigen. Lediglich die Besuche in der Weihnachtswoche 2010 entsprechen denen einer normalen Woche.

Offensichtlich besteht hier ein besonderer Servicebedarf eines Großteils der Bürgerinnen und Bürger von Bornheim, nämlich in der Freizeit eigene Angelegenheiten im Rathaus zu erledigen. Der Bürgermeister hat daher erhebliche Bedenken, die Serviceleistungen des Bürgerbüros durch das Vorhalten lediglich einer „Notbesetzung“ an diesen Tagen deutlich einzuschränken. Das würde zu überlangen Wartezeiten für Bürgerinnen und Bürger aber auch zu einer nicht mehr zu vertretenden Belastung der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führen.

Das Besucherverhalten im Bürgerbüro lässt sich nach den vorliegenden Informationen auch auf alle andere Bereiche mit Bürgerkontakt übertragen.

Darüber hinaus ist der Bürgermeister der Auffassung, dass eine weitgehende Schließung des Rathauses in der Öffentlichkeit ein negatives Bild der Stadtverwaltung als Dienstleister hervorrufen würde.

Auch sind sonstige Einsparungen durch teilweise Schließung des Rathauses und die Reduzierung auf eine Notbesetzung nicht erkennbar. So können beispielsweise Heizkosten nur dann wesentlich eingespart werden, wenn das Rathaus komplett nicht besetzt ist.

Beachtlich ist auch, dass zum Jahreswechsel umfangreiche Arbeiten zur Erstellung des Jahresabschlusses in der Stadtverwaltung die Anwesenheit der jeweiligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erforderlich macht. Eine Schließung um den Jahreswechsel würde den Arbeitsdruck in der Zeit vor und nach der Schließung deutlich erhöhen. Die Anordnung von Überstunden wäre ggf. die Folge.

Der Bürgermeister hält es aufgrund der vorstehenden Ausführungen für notwendig, den derzeitigen Service der Bornheimer Stadtverwaltung an Brückentagen oder über den Jahreswechsel für die Bürgerinnen und Bürger zu erhalten.

Inhaltsverzeichnis

44/2011, 22.09.2011, Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses	1
Sitzungsdokumente	
Einladung HFWA	3
Dokument (Importiert)	5
Vorlagendokumente	
TOP Ö 4 Anregung nach § 24 GO vom 23.04.2011 betr. Behinderten-Toilette in der Vorlage 209/2011-6	12
Anregung 209/2011-6	13
TOP Ö 5 Sachstand der Abwicklung von Maßnahmen nach dem Konjunkturpaket II	
Vorlage 415/2011-1	14
1 Liste Bildung 415/2011-1	17
2 Liste Sonstige Infrastruktur 415/2011-1	18
3 Liste Bildung (externe Träger) 415/2011-1	19
TOP Ö 6 Maßnahmenliste zur Haushaltskonsolidierung - Umsetzungscontrolling zum	
Vorlage 324/2011-2	20
1 Konsolidierungsliste 30.06.2011 - investiv - 324/2011-2	21
2 Konsolidierungsliste 30.06.2011 - konsumtiv - 324/2011-2	22
TOP Ö 7 Änderung der Haushaltssatzung der Stadt Bornheim für das Haushaltsjahr	
Vorlage 363/2011-2	38
1 Dringlichkeitsliste (Prioritätenliste) 2011 363/2011-2	41
2 Kreditgenehmigung 2011 363/2011-2	43
TOP Ö 8 Benennung der Planstraße im Bebauungsplangebietgebiet Wb 08 in Walberbe	
Vorlage 354/2011-7	45
Lageplan 354/2011-7	46
TOP Ö 9 Benennung des Wirtschaftsweges im Bereich der Biogasanlage in Sechtem	
Vorlage 352/2011-7	47
Plan 352/2011-7	48
TOP Ö 10 Mitteilung betr. interkommunale Zusammenarbeit beim Personalmanagement	
Vorlage ohne Beschluss 339/2011-1	49
TOP Ö 11 Mitteilung betr. Öffnungszeiten des Rathauses an Brückentagen sowie zw	
Vorlage ohne Beschluss 232/2011-1	51
Inhaltsverzeichnis	53